Kanton St.Gallen
Generalsekretariat

Protokoll

Sitzung	Vorberatende Kommission des Kantonsrates über die Sanierung des Klostergebäudes der Psychiatrischen Klinik St.Pirminsberg in Pfäfers – 35.14.03	Baudepartement Generalsekretariat Lämmlisbrunnenstr. 54 9001 St.Gallen T F
Termin	**Montag, 11. August 2014** **09.00 Uhr – ca. 12.00 Uhr inkl. Mittagessen**	
Ort	**Klinik St.Pirminsberg** **Klosterweg, 7312 Pfäfers**	

St.Gallen, 19. August 2014

Vorsitz
– Warzinek Thomas, Mels, Präsident

Teilnehmende
Kommissionsmitglieder
– Gartmann Walter, Mels-Mädris
– Jöhl Toni, Amden
– Rüegg Christian, Rüeterswil
– Wehrli August, Buchs
– Aerne Cornel, St.Gallenkappel
– Hasler-Spirig Marlen, Widnau
– Zoller Erich, Jona
– Hoare-Widmer Susanne, St.Gallen
– Kofler Josef, Uznach
– Walser Joe, Sargans
– Riederer Ferdinand, Valens
– Tinner Beat, Azmoos (ab 10.00Uhr)
– Tanner Jörg, Sargans

Weitere Teilnehmende
– Gesundheitsdepartement, Heidi Hanselmann, Regierungspräsidentin
– Baudepartement, Willi Haag, Regierungsrat
– Gesundheitsdepartement, Roman Wüst, Generalsekretär
– Gesundheitsdepartement, Peter Altherr, Amt für Gesundheitsversorgung
– Klinik St.Pirminsberg, Christoph Eicher, CEO
– Baudepartement, Kurt Signer, Generalsekretär
– Baudepartement, Werner Binotto, Kantonsbaumeister
– Baudepartement, Urs Diethelm, Projektmanager Bau, Stv. Leiter Baumanagement 2

– Klinik St.Pirminsberg, Renaldo Keboth, technischer Leiter (nur während der Besichtigung)

Protokoll
– Baudepartement, Christof Huber, Rechtsabteilung

Entschuldigt
– Wild-Huber Vreni, Wald-Schönengrund

Unterlagen
– Vorberatende Kommission des Kantonsrates über die Instandsetzung und Erneuerung des Verwaltungsgebäudes Lämmlisbrunnenstrasse 54 in St.Gallen – 35.14.02
– Ergänzendes Dossier mit Plänen für die vorberatende Kommission des Kantonsrates

Inhalt

1	**Begrüssung und Information**	**3**
2	**Einführung, Vorstellung der Vorlage**	**4**
3	**Besichtigung/Führung**	**18**
4	**Allgemeine Diskussion**	**22**
5	**Spezialdiskussion**	**26**
6	**Rückkommen**	**30**
7	**Schlussabstimmung**	**30**
8	**Varia**	**31**

1 Begrüssung und Information

Warzinek-Mels, Präsident der vorberatenden Kommission, heisst sämtliche Anwesenden in Pfäfers, einem schönen Ort, wo er selbst auch einiges an Freizeit verbringe, herzlich willkommen. Unter Namensnennung begrüsst er die Mitglieder der vorberatenden Kommission und teilt mit, dass Beat Tinner sich entschuldige und eventuell verspätet zur Sitzung stosse. Er habe unverschuldet Probleme bei der Reisetätigkeit. Vreni Wild-Huber sei ebenfalls abwesend und definitiv entschuldigt wegen eines Unglücksfalls in der Gemeinde, der die Anwesenheit der Gemeindepräsidentin vor Ort erfordere. Weiter begrüsse er folgende Personen:

– Heidi Hanselmann, Regierungspräsidentin;
– Willi Haag, Regierungsrat;
– Roman Wüst, Generalsekretär Gesundheitsdepartement;
– Kurt Signer, Generalsekretär Baudepartement;
– Peter Altherr, Amt für Gesundheitsversorgung;
– Werner Binotto, Kantonbaumeister;
– Urs Diethelm, Projektmanager Bau;
– Christoph Eicher, CEO Psychiatrische Klinik St.Pirminsberg;
– Christof Huber, Protokoll.

Der Präsident möchte eine persönliche Bemerkung an den Anfang stellen. Er sei nicht das dienstältestes Mitglied. Er sei seit etwa zwei Jahrn Kantonsrat und es sei sein erstes Präsidium. Er sei deshalb dankbar um konstruktive Kritik und Unterstützung, falls es nicht ganz rund laufen oder ihm eine Ungenauigkeit unterlaufen sollte. Gegenstand der Verhandlung sei der Kantonsratsbeschluss über die Sanierung des Klostergebäudes der psychiatrischen Klinik St.Pirminsberg in Pfäfers. Er habe versucht eine kurze persönliche Wertung zu schreiben. Diese decke sich fast gänzlich mit den ersten Worten in der Zusammenfassung der Botschaft. Das Kloster – und das erlebe er auch selbst in seiner Freizeit hier im Tal – sei ein einzigartiges historisches Gebäude, das seinesgleichen im Kanton suche. Es gebe der Gemeinde den Namen und er wünsche Ferdinand Riederer von Herzen, dass in dreihundert Jahren noch ganz viele der Häuser und Bauten hier oben immer noch stünden. Aber ganz sicher werde das Gebäude noch stehen, mit dem sich die Kommission heute befasse. Was hier entschieden werde, im Guten wie im Schlechten, würde die Bevölkerung über lange Zeit vor Augen haben. Weiter sei natürlich die Klinik St.Pirminsberg eine ganz wichtige Klinik im Kanton St.Gallen. Es sei eine grosse Klinik. Das Vorhaben betreffe auch das Gesundheitswesen mit dem Ärztekorridor und der Grossküche, die über die Klinik hinaus auch eine wichtige Bedeutung habe. Es sei also auch wirklich wichtig für das Gesundheitswesen im Kanton. Ein sehr spezieller Aspekt erscheine ihm die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit. Er sei – wie schon erwähnt – gelegentlich in seiner Freizeit hier oben, ihm sei aber bis anhin nicht bewusst gewesen, dass dieser wunderschöne Garten, der noch besichtigt werde und der im Rahmen dieser Erneuerung auch neu hergerichtet werden soll, öffentlich zugänglich sei. Die Beratungsunterlagen, also der Botschaftsentwurf und das separate Dossier für die vorberatende Kommission, seien den Kommissionsmitgliedern rechtzeitig zugestellt worden.

Der Präsident stellt fest, dass die Kommission trotz der zwei bereits erwähnten Abwesenheiten beratungsfähig sei. Im Weiteren zirkuliere eine Präsenzliste. Die Kommissionsmitglieder würden gebeten, sich dort einzutragen.

Der Präsident fasst zur Protokollführung kurz zusammen, dass diese wie üblich erfolge. Das bedeute, die Sitzung werde elektronisch aufgenommen.

Der Präsident stellt fest, dass gegen die elektronische Aufzeichnung keine Einwände erhoben würden, und fügt an, dass zur Protokollführung noch zwei Dinge anzumerken seien: Es wäre dankenswert, wenn die Mobiltelefone auf Flugmodus ein- oder ganz abgestellt wären, um Rückkopplungen zu vermeiden. Der besseren Zuordnung der einzelnen Wortmeldungen wegen wäre es weiter hilfreich, wenn vor Beginn eines jeden Votums der Name des Sprechenden genannt werde. Selbstverständlich werde die Tonaufnahme nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Der Präsident erläutert, der Ablauf erfolge gemäss der Traktandenliste in der Einladung, und stellt fest, dass dazu keine Bemerkungen oder andere Vorschläge gemacht würden. Es sei weiter eine Pause vorgesehen, wobei er diese eher nach der Führung machen würde. Es werde mit einer kurzen Verhandlungsdauer gerechnet. Nach der Beratung sei ein leichtes Mittagessen geplant, sofern sich genügend Mitglieder für das Mittagessen anmelden würden. Er fragt bei den Teilnehmenden nach und hält fest, dass sich genügend Interessierte gemeldet hätten, weshalb ein Mittagessen stattfinde. Er bitte darum, dass sich diejenigen, die das noch nicht gemacht hätten, auf der ebenfalls zirkulierenden Menuliste das gewünschte Menu eintragen würden.

Der Präsident macht hinsichtlich des Beizugs Dritter darauf aufmerksam, dass Christoph Eicher, der insbesondere wichtige Informationen betreffend die nutzungsseitigen Aspekte beisteuern könne, während der gesamten Sitzungsdauer anwesend sein werde, und hält fest, dass dagegen ebenfalls keine Einwände bestünden.

Der Präsident verweist auf die Vertraulichkeit der Kommissionsitzung. Alles, was beraten werde, sei vertraulich und auch das Kommissionsprotokoll unterliege der Vertraulichkeit. Das gelte selbstverständlich auch für die Tonaufnahmen bis zu deren Löschung.

Der Präsident erteilt Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann das Wort.

2 Einführung, Vorstellung der Vorlage

a. Gesundheitsdepartement

Regierungsratspräsidentin Heidi Hanselmann begrüsst die Anwesenden. Sie freue sich, die Anwesenden in die Vorlage einzuführen.

(Folie 2: Versorgungsstruktur KPDS)
Sie habe visualisiert, wie die Versorgungsstruktur der psychiatrischen Dienste im Kanton St.Gallen aussehe. Es gebe zwei Regionen, welche die Versorgung sicherstellten. Vorliegend gehe es um die stationäre Versorgung der psychiatrischen Behandlungen im südlichen Kantonsteil. Heute werde die Bauvorlage betreffend die Sanierung des Klostergebäudes hier in Pfäfers beraten. Das Klostergebäude sei Bestandteil des Gesamtgebäudeensembles der psychiatrischen Klinik Pfäfers. Die psychiatrische Klinik wiederum sei Bestandteil der psychiatrischen Dienstregion Süd. Auf der Folie sei die gesamte Darstellung, wie die Versorgungsstruktur organisiert sei, abgebildet. Die ambulanten und tagesklinischen Angebote seien in Heerbrugg, Trübbach, Uznach und Rapperswil-Jona angesiedelt.

(Folie 3: Versorgungsstruktur KPDS)
Interessant sei zu wissen, wie sich die Versorgung aufteile und welcher Anteil versorgt werde. Rund 4'000 stationäre Psychiatriefälle von st.gallischen Patienten und Patientinnen würden in den Institutionen behandelt. Davon würden rund 84 Prozent in st.gallischen Institutionen behandelt. Die KPDS behandle von diesen rund 4'000 stationären st.gallischen Patienten und Patientinnen rund 31 Prozent. Im Einzugsgebiet der PV Süd entspreche dies einem Eigenversorgungsanteil von rund 72 Prozent. Die KPDS behandle darüber hinaus Patienten und Patientinnen aus dem Fürstentum Lichtenstein und vereinzelt auch aus den benachbarten Kantonen wie etwa Graubünden und Glarus.

(Folie 4: Klostergebäude: betriebliche Situation)
Bezüglich des Klostergebäudes und dessen betrieblicher Situation liessen sich Parallelen zu den Strukturen und den baulichen Zuständen der Akutspitäler ziehen. Auch hier bestehe dringender Handlungsbedarf. Das Klostergebäude befinde sich in einem schlechten baulichen Zustand, was bei der späteren Begehung eins zu eins noch gesehen werden könne. Dach, Fassaden, Fenster und Türen seien sanierungsbedürftig. Zudem genüge die Küche den heutigen Gegebenheiten und Vorschriften nicht mehr. So sollten Rein- und Unreinzonen getrennt sein. Es gebe keine konsequente Trennung zwischen diesen Rein- und Unreinzonen; es gebe keine abgegrenzte Hygienezone. Die Kühlkette könne nur erschwert eingehalten werden. Bei einem solchen Betrieb bzw. in einer solchen Institution sei dies in der heutigen Zeit schlicht nicht mehr haltbar. Wegen dieser Mängel seien die Arbeitsabläufe suboptimal. Damit sei natürlich auch der effiziente Personaleinsatz nicht gewährleistet. Sie wollten hier wieder einen Schritt in die Moderne machen. Es soll den Qualitätsanforderungen, aber auch die Anforderungen an effiziente Abläufe entsprochen werden, um die Klinik wieder wettbewerbsfähig zu machen und für die Zukunft wettbewerbsfähig zu erhalten.

(Folie 5 Betriebliche Situation:Küche, Rein-/Unreinzonen)
Auf den Fotos sehe man einen kleinen Einblick in die heutige Situation. Wie gesagt, sie glaube, es sei eindrücklicher, wenn man dies nachher eins zu eins vor Ort sehe, insbesondere dass die Verhältnisse eng und die Rein- und Unreinzone nicht getrennt seien.

(Folie 6: Bauvorhaben: Finanzielles)
Natürlich gehe es auch um einen finanziellen Teil, der hier geleistet werden soll. Es sei eine Investition für die Zukunft, die nachhaltig wirken soll und sicher nachhaltig wirken werde. Sie glaube, und der Kommissionspräsident habe dies mit deutlichen und bedeutenden Worten schon gesagt, dass das Klostergebäude sicher bestehen bleibe. Davon sei auch sie überzeugt. Was sonst noch in hundert Jahren hier oben vorzufinden sein werde, würden die Anwesenden nicht wissen. Aber man könne sicher davon ausgehen, dass das Kloster noch stehen werde. Deshalb sei es eine wichtige Investition. Die wertvermehrenden Investitionen machten 4,9 Mio. Franken aus und die werterhaltenden 11,4 Mio. Franken. Das habe zur Folge, dass sich die Nutzungsentschädigung – womit bekanntlich eigentlich die Miete gemeint sei – um rund 0,2 Prozent erhöhen werde. Die werterhaltenden Investitionen hätten keine Auswirkungen auf die Nutzungsentschädigung. Auch diesbezüglich liessen sich ganz klar Parallelen zu den Spitalbauten ziehen, weil diese Vorlage – von der Struktur und von den gesetzlichen Grundlagen her – ja im Gleichschritt zu behandeln sei. Die neue Spitalfinanzierung greife genau gleich. Sie bitte deshalb darum, auf die Vorlage einzutreten, und übergebe nahtlos das Wort an Regierungsrat Willi Haag.

b. Baudepartement

Regierungsrat Willi Haag begrüsst die Anwesenden. Er freue sich, heute gemeinsam mit seiner Kollegin Heidi Hanselmann der Kommission die Bauvorlage über die Sanierung des Klostergebäudes in Pfäfers vorstellen zu dürfen. Es sei auch für ihn wiederum etwas Besonderes. Jedes Bauvorhaben habe etwas Spezielles und Eigenartiges. In der heute der Kommission zur Beschlussfassung unterbreiteten Bauvorlage hätten der Kantonsrat und der Kanton seiner Meinung nach drei Aufgaben. Die eine Aufgabe sei klar, nämlich die betrieblichen Bedürfnisse zu aktualisieren. Als zweite Aufgabe seien die baulichen Bedürfnisse auf den neuesten Stand zu bringen. Und drittens habe der Kanton an diesem geschützten Klostergebäude in Pfäfers eine kulturelle und gesellschaftliche Aufgabe, nämlich den Wert unserer Vorfahren auf dem neuen Stand zu halten. Dieser Teil sei vorliegend der bedeutendere Teil. Dies erkläre die grosse Differenz zwischen den wertvermehrenden und den werterhaltenden Investitionen.

(Folie 2: Inhalt)
Heidi Hanselmann und der Kommissionspräsident hätten bereits auf die Bedeutung der Psychiatrischen Klinik Pfäfers und auf die betrieblichen Bedürfnisse, die der heutigen Situation angepasst werden müssten, hingewiesen. Er dürfe den Anwesenden nun die Ausgangslage, die baulichen Bedürfnisse, das konkrete Bauvorhaben sowie die Kosten und den Zeitplan für das weitere Vorgehen vorstellen.

(Folie 3: Ausgangslage)
Das Kloster sei ein bedeutendes und erhaltenswürdigendes Kulturobjekt für die Region und den Kanton St.Gallen. Ausserdem sei es ein ganz wichtiges Objekt für die psychiatrischen Dienste des Sektors Süd. Das Kloster liege inmitten einer herrlichen Berglandschaft und mitten im Dorf Pfäfers und sei ein Teil der Psychiatrischen Gesamtanlage, welche vor vier Jahren mit der Alterspsychiatrie - dem Haus A6 - ergänzt worden sei. Die Abtei Pfäfers sei bereits im Jahr 731 gegründet worden. Das barocke

Klostergebäude stamme aus dem 17. Jahrhundert. Die Klinik St. Pirminsberg sei 1845 als Heil- und Pflegeanstalt für psychisch Kranke eröffnet worden. Auch hier hätten der Kantonsrat und der Kanton die Verpflichtung, ein Erbe von früher weiter zu führen.

(Folie 4: Ausgangslage: Situation Klostergebäude in Psychiatrieanlage)
Es sei noch interessant. Als er die Titelüberschrift gelesen habe, habe er sich gefragt, ob nun das Klostergebäude in der Psychiatrieanlage oder umgekehrt die Psychiatrieanlage im Klostergebäude sei. Das könnten die Anwesenden für sich entscheiden. Es gehe um den auf der Folie gelb bezeichneten Teil. Das Gebäude, das heute zur Diskussion stehe, sei im Jahr 1952 total renoviert worden. Im Jahr 2008 sei ein Masterplan erstellt worden, weil man eine Gesamtbeurteilung gewollt habe. Man habe dabei Etappen festgelegt, nämlich was in welchem Zeitraum wieder erneuert werden müsse, damit man der Gesamtaufgabe hinsichtlich Nutzung und vor allem auch in Bezug auf den Schutz baulich gerecht werden könne. Insbesondere seien die Sanierung und die Aussenhülle der Häuser A2 und A3 Teil dieser Masterstudie gewesen, die heute vorgelegt werde, weil jetzt die Zeit wirklich reif sei, diese Gebäudeteile anzupacken. Die Gesamtanlage umfasse weitere Gebäude. Auf der Gesamtübersicht ganz links befinde sich das Gebäude A6, in dem heute die Kommissionssitzung stattfinde. Dieses Gebäude sei vor vier Jahren eingeweiht worden. Oben in der Mitte, im Gebäude A1, seien die Cafeteria und der Empfang untergebracht. Dazwischen liege das Torkelgebäude, das etwas Spezielles sei. Im Teil des Klosters mit der Kirche befinde sich die Verwaltung. Im unteren Gebäude sei die gesamte Technik enthalten.

(Folie 5: Bauliche Bedürfnisse)
Die betrieblichen Bedürfnisse habe Heidi Hanselmann bereits ausgeführt. Baulich gehe es im Wesentlichen um die Werterhaltung der geschützten Klosteranlage mit einer fachtechnisch richtigen Sanierung der Aussenhülle. Dazu sei eine Bestandes- und Zustandsanalyse des Klostergebäudes durch eine Spezialfirma gemacht worden. Diese habe gezeigt, dass die Schäden in den Sockelzonen und die grossen schadhaften Stellen in den Fassadenflächen repariert werden müssten, wenn die Substanz des Gebäude langfristig erhalten werden soll. Aus technischer und aus kunsthistorischer Sicht sei der heutige Putzaufbau für das historische Gebäude ungeeignet und sehr wahrscheinlich in der Vergangenheit nicht sehr fachmännisch ausgeführt worden. Über dem altem Verputz gebe es zwei neuere Putzschichten, bei denen die Haftung schlecht sei. Grund dafür seien die vielen Hohlräume in den Putzschichten. Die Steinfassungen der Fenster, die Laibungen, die Stürze und die Brüstungen seien in einem sehr schlechten Zustand. Die Fassade sei geprägt durch viele vertikale Risse, bei denen Wasser ins Innere des Mauerwerks dringe, was selbstverständlich schlecht sei. Auch ein grosser Teil der Fenster sei aufgrund ihres Alters in einem schlechten Zustand und könne den energetischen Anforderungen sowieso nicht mehr gerecht werden. Hinzu kämen die Türen, welche zurzeit die Anforderungen an den Brandschutz nicht erfüllten, da sie zum Teil schon auf die falsche Seite aufgingen. Aus baulicher Sicht sei der Nachweis der Tragsicherheit im Erdbebenfall nach den neuesten Normen nicht mehr gegeben, was hier natürlich keine Überraschung sei. Die heute gültigen Normen sähen bei einem ungenügenden Erfüllungsfaktor auch für bestehende Bauten ein minimales Engagement vor. Es sei bekannt, dass im vorliegenden Fall das Gebäude nicht auf den neuesten Stand eines

Neubaus gebracht werden könne. Denn dann müsste man ganz massiv in die Statik eingreifen. Das werde aber nicht gemacht. Es werde nur gemacht, was sinnvoll und verhältnismässig sei. Hinzu komme, dass ganz klar bei der Sanierung der Haustechnik differenziert werde. Die Haustechnik werde nur im Bereich der neuen Küche, nicht aber im ganzen Gebäude erneuert.

(Folie 6: Bauliche Bedürfnisse: Zustand Fassaden, Fenster und Klostergarten)
Die Bilder – oben die Fenster, unten die Fassade - zeigten sehr gut, dass Handlungsbedarf angezeigt sei. Auch die abgebildete Treppe habe schon bessere Zeiten gesehen.

(Folie 7: Bauvorhaben: Projektübersicht)
Die baulichen Massnahmen seien in verschiedene Teilprojekte aufgeteilt.

1. Das erste Teilprojekt umfasse die Dachsanierungen bei den beiden Gebäudeteilen, die heute behandelt würden.
2. Ausserdem müssten in einem weiteren Teilprojekt die Fassade saniert und neue Fenster eingebaut werden.
3. + 4. Im Erdgeschoss im Trakt A2 und A3 werde eine neue Küchenanlage eingebaut und ein Lagerraum sei vorgesehen.
5. Im 1. Obergeschoss sei - ebenfalls im Trakt A2 und A3 – eine sanfte Sanierung des Korridors geplant.
6. Schliesslich werde im südlichen Bereich des Klosters der Klostergarten neu gestaltet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

(Folie 8: Bauvorhaben: Dachsanierung)
Gerne stelle er den Anwesenden nun die baulichen Massnahmen der einzelnen Bereiche im Detail vor. Wie schon gesagt basiere die ganze Sanierung auf einer Masterstudie, die von Spezialisten gemacht worden sei. Diese hätten die gesamte Anlage untersucht und aufgezeigt, was schlussendlich nötig sei. Dieser Untersuchungsbericht eines Spezialbüros für Bauphysik sei mit dem Amt für Denkmalpflege und dem Amt für Feuerschutz des Kantons St.Gallen intern besprochen und abgestimmt worden. Verschiedene Bereiche der Dachflächen seien zu einem früheren Zeitpunkt bereits teilweise saniert worden. Mit dem vorliegenden Bauprojekt würden auch die übrigen Dachflächen inkl. Dachentwässerung und Blitzschutz saniert.

(Folie 9: Bauvorhaben: Fassaden und Fenster)
Die Fassaden und Kellermauern müssten aus bauphysikalischen Gründen saniert und instand gesetzt werden. Die Sockelzonen des gesamten Gebäudes müssten neu aufgebaut und mit einer sehr dampfoffenen Farbe gestrichen werden. Der bestehende Putz werde in diesem Bereich bis auf das bestehende Mauerwerk abgeschlagen und neu aufgebaut. Im Rahmen der Fassadenuntersuchung seien auch die Fenster und Aussentüren geprüft worden. Aufgrund ihres altersbedingten Zustandes und der energetischen Anforderungen müsse der überwiegende Teil der Fensterelemente erneuert werden. Auch die Aussentüren müssten grösstenteils instand gesetzt werden. Die Art der Ausführung der neuen Fenster und Türen sei auch hier wieder in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Denkmalpflege festgelegt worden. Die Holz-

Fensterläden im 1. Obergeschoss des Klostergebäudes würden an der Süd- und Westfassade wieder eingesetzt.

(Folie 10: Bauvorhaben: Küchenumbau)
Wie bereits gesagt, genüge die bestehende Hauptküche sowohl aus betrieblichen als auch aus hygienischen Gründen den heutigen Anforderungen nicht mehr. Um dem südseitigen Haupteingang des Klostergebäudes wieder einen Sinn zu geben und den Bau von aufwendigen Küchenprovisorien zu verschonen, würden die Küchenräume vom Südflügel in den Westflügel verlegt. Mit der Verlagerung seien künftig kurze Wege bei der Speiseversorgung möglich. Dank der Neukonzeption könne auch das Personal flexibler und effizienter eingesetzt werden. Ausserdem könne zukünftig die Trennung von "Reinzonen" und "Unreinzonen" gewährleistet werden. Die technische Einrichtung der Küche müsse sowieso erneuert, angepasst und komplett neu koordiniert werden. Durch den Einsatz neuer und weniger Küchengeräte könne der Flächenbedarf reduziert werden. Bauliche Massnahmen an der Substanz des Gebäudes seien in diesem Zusammenhang unumgänglich. So werde der Küchenboden im Bereich der Produktion, der Abwäscherei und im Zwischengeschoss neu aufgebaut und thermisch isoliert. Die Lüftungsanlage mit der Wärmerückgewinnung bleibe an ihrem jetzigen Standort, müsse aber selbstverständlich angepasst werden.

(Folie 11: Bauvorhaben: Lagerumbau A3-A und Obstkeller A3-U)
Durch die Verlegung der Hauptküche würden die Lagerräume im Südflügel des Traktes A3 nicht mehr gebraucht und könnten zukünftig dank ihrer speziellen Lage als hochwertige Therapieräume genutzt werden. Der Obstkeller, der darunterliege, werde aus Kostengründen nicht saniert. Trotzdem werde die Bausubstanz gesichert und die Technik den neuen Gegebenheiten angepasst und erneuert.

(Folie 12: Bauvorhaben: Korridor Gebäudetrakt A2 B / A3 B)
Der sogenannte Ärztegang sei der einzige Korridor des Klosters, welcher in den letzten Jahren nicht erneuert worden sei. Eine sanfte, an die bereits restaurierten Korridore angepasste Renovation soll den Brandschutz erfüllen und ein einheitliches Erscheinungsbild ergeben. Mit dieser sanften Erneuerung ergebe das gesamte Bild des Klosters eine Einheit.

(Folie 13: Bauvorhaben: Klostergarten Süd)
Das Konzept für die Neugestaltung des Klostergartens im südlichen Bereich sei ebenfalls mit der Denkmalpflege abgesprochen worden. Der ehemalige Hauptzugang an der Südseite des Klostergebäudes werde wieder in Betrieb genommen. Zusätzlich soll ein neuer Zugang zur Klosterkirche über den Klostergarten hergestellt werden. So könne der Klostergarten in Zukunft wieder öffentlich genutzt werden. Es sei festgelegt worden, dass die ca. 150 Jahre alte Umfassungsmauer der Anstalt erhalten bleiben soll. Das Gelände sei damals derart weit abgegraben worden, um ein Hinüberklettern zu verunmöglichen. Um der Anlage den geschlossenen Charakter zu nehmen, soll das Gelände nun bis auf Brüstungshöhe angehoben werden. Ausserdem werde die Mauer zur Kirche hin geöffnet und die Aufgänge zur Terrasse würden erweitert. Die grosse, raumgreifende Buche und der kleine See blieben erhalten.

(Folie 14: Kosten: Gesamte Baukosten)
Die Baukosten für die Sanierung des Klostergebäudes beliefen sich insgesamt auf 16,3 Mio. Franken. Sie beinhalteten, wie vorgängig erwähnt, die verschiedenen Teilprojekte und den baulichen wie auch den betrieblichen Unterhalt des Klostergebäudes in Trakt A2 und A3. In den Kosten enthalten sei ausserdem die Schadstoffsanierung von Asbest im Klostergebäude.

(Folie 15: Kosten: Teilprojekte)
Die Kosten für die Teilprojekte setzten sich wie folgt zusammen:

Küchenumbau	5'790'000 Fr.
Lagerumbau	2'051'000 Fr.
Sanierung Korridor	1'435'000 Fr.
Fenstereinbau und Fassadensanierung	3'864'000 Fr.
Dachsanierung	1'668'000 Fr.
Neugestaltung Klostergarten Süd	1'492'000 Fr.
Total Baukosten	**16'300'000 Fr.**

Man sehe, dass der gesamte Küchenumbau, also nicht nur die neue Küche selber, sowie der Fenstereinbau und die Fassadensanierung die beiden teuersten Posten seien. Entscheidend sei, dass nur rund 30 Prozent der Baukosten wertvermehrend sei. Dieser Teil nütze auch dem Betrieb. Der Rest betreffe die kantonale Aufgabe, das Gebäude wieder instand zu stellen, damit die wertvolle Substanz auch wirklich weitergeführt werden könne. Obwohl der Betrag über 15 Mio. Franken liege, unterstehe die Vorlage nicht der der obligatorischen Volksabstimmung. Es zählten nur die wertvermehrenden Kosten, die klar unter 15 Mio. Franken lägen. Deshalb sei nur ein fakultatives Referendum nötig und der Kantonsrat könne das Geschäft in zwei Lesungen verabschieden.

(Folie 16: Zeitplan)
Aus heutiger Sicht sei von folgendem Zeitplan auszugehen:

1. Lesung Kantonsrat	Septembersession 2014
2. Lesung Kantonsrat	Novembersession 2014
Vorarbeiten zur Ausführung	Frühjahr 2015
Ausführungsarbeiten	Herbst 2015 – Herbst 2016
Inbetriebnahme	Ende 2016
Gesamte Bauzeit	**Frühjahr 2015 – Ende 2016**

Mit dem Abschluss des Bauvorhabens sei dieser Bereich auch wieder saniert. Selbstverständlich beantrage auch das Baudepartement Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zum Projekt.

Meine Mitarbeitenden, Heidi Hanselmann und er stünden gerne für Fragen zur Vorlage zur Verfügung.

Der Präsident erkundigt sich, ob zu diesen beiden ersten Vorträgen Verständnisfragen aufgetaucht seien. Nachdem dies nicht der Fall ist, verdankt er die beiden Referate und erteilt das Wort Christoph Eicher.

c. Nutzerseitige Ergänzungen

Christoph Eicher begrüsst die Anwesenden und sagt, er wolle zusätzlich zum bereits Gesagten noch ein paar nutzerseitige Anmerkungen zum Sanierungsprojekt machen. Das Klostergebäude sei unverkennbar ein Teil des Psychiatriecampus hier in Pfäfers, wie dies Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann schon erwähnt habe. Das Klostergebäude sei Teil dieses zentralen Gebäudeensembles mit einer Untertageverbindung zu den Gebäuden A1 und A6 mit den Bettenstationen. Die Verbindung sei vor allem logistisch bedeutungsvoll. Folglich sei das Klostergebäude für die Leistungserbringung in Pfäfers wichtig und notwendig. M.a.W. seien sie auf das Gebäude und die hier vorhandenen Räumlichkeiten angewiesen, um den Raumbedarf möglichst kompakt abdecken zu können. Alternativen hierzu bestünden keine. Aus Nutzersicht gebe es vor allem zwei Anliegen. Dazu gehöre, was schon mehrmals gesagt worden sei, eine intakte Bausubstanz, sprich eine Gebäudehülle, die bauphysikalisch funktioniere und die der aktuellen und geplanten Nutzung zudiene. Er rede hier über die Vermeidung von Schäden und über einen verbesserten Wärmehaushalt mit den neuen Fenstern. Mit Blick auf die küchentechnische Einrichtung, die Teil dieses Sanierungsprojekts sei, gehöre zudem dazu, dass die Küche den gesetzlichen Anforderungen, aber insbesondere auch – kochtechnisch und raumklimatisch – den heutigen Standards entspreche. Ebenso soll mit den baulichen Massnahmen die Raumnutzung verbessert und optimiert werde. Damit spreche er die künftige Nutzung hochwertiger Räume zu Therapie- statt Lagerzwecken an. Man dürfe sagen, dass in der Summe mit diesen Sanierungsmassnahmen ein Mehrwert geschaffen werde, und zwar in direkter Weise für die die Patienten und Mitarbeitenden und in indirekter Weise für die Besucher. Zudem könnten die Infrastrukturdienste in ihren Unterhalts- und Serviceleistungen entlastet werden und energetisch (sprich: Kostenvorteil) Verbesserungen erzielt werden. Last but not least könne mit der Sanierung der Vorhof vor der südlichen Klosterfassade der Öffentlichkeit zurückgegeben bzw. zur Mitbenützung freigegeben werden. Dieser Bereich sei lange Zeit von der klinischen Nutzung besetzt gewesen. Die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat unterstützten dieses Vorhaben als Teil des Masterplans.

Der Präsident bedankt sich und fragt, ob es zum Referat von Christoph Eicher Fragen gebe.

Wehrli-Buchs möchte wissen, ob der Klostergarten auch für die Patienten offen sei, so dass diese den Garten auch nutzen könnten.

Christoph Eicher antwortet, dass selbstverständlich auch die Patienten den Garten nutzen könnten. Die Idee sei ja, dass der Garten allen dienlich sei. Patienten, die hier über eine gewisse Zeit domiziliert seien, hätten die Möglichkeit, sich im Garten zu bewegen, und hätten einen Ort, wo sie auch einmal für sich sein könnten. Natürlich sei der Garten ebenfalls für ambulante Patienten nutzbar. Diese könnten sich beispielsweise während den Wartezeiten irgendwo hinsetzen. Selbstverständlich könne der Garten auch von den Mitarbeitenden genutzt werden. Letztlich diene der Garten ebenfalls der Öffentlichkeit als Ort, der eine gewisse Intimität habe. Es gebe im Sommer zudem viele Touristen oder Wanderer, die Richtung Pfäfers ins Tal wollten. Er stelle häufig fest, dass

auch diese eine Lokalität schätzten, um etwas zu verweilen. Mit dem Garten solle ein Ort geschaffen werden, der für alle einen Nutzen habe.

Kofler-Uznach stellt fest, dass das Kirchengebäude überall ausgenommen sei. Er habe auch in den Unterlagen keine Aussagen dazu gefunden. Er möchte wissen, wem die Kirche gehöre und ob die Kirche ebenfalls Restaurationsbedarf habe.

Riederer-Valens antwortet, dass die Kirche der Kirchgemeinde gehöre. Das sei eigentlich das Schöne bei der ganzen Übernahme durch den Kanton im Jahr 1838 gewesen. Die Kirche sei bei der Gemeinde geblieben. Das sei natürlich auch ein ordentlicher Kostenpunkt. Die Kirche Pfäfers sei letztes Jahr saniert worden. Es sei eine Vorlage des Lotteriefonds gewesen. Die Kirche Pfäfers sei also in einem guten Zustand. Die letzten Sanierungen seien in Etappen gewesen. Eine Sanierung sei vor 20 Jahren gewesen und eine letztes Jahr. Das Dach und auch ein Teil der Fassade seien gemacht worden

Kofler-Uznach fragt nach, ob die Kirchgemeinde jetzt nichts mehr an der Kirche machen müsse.

Riederer-Valens verneint die Frage und stellt klar, dass an der Kirche nichts gemacht werden müsse.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, erteilt **der Präsident** das Wort an die Mitarbeitenden des Hochbauamtes.

d. Bautechnische Ergänzungen

Urs Diethelm begrüsst die Anwesenden und meint, es gebe aus seiner Sicht nicht mehr viel zu ergänzen. Es sei schon lange nicht mehr ein Gebäude so detailliert untersucht worden wie dieses und der Baubeschrieb sei fast schon bis hin zur letzten Schraube ausgestaltet. Sofern es Fragen zum Baubeschrieb gebe, werde er diese gerne beantworten. Bautechnisch sei alles im Baubeschrieb, der den Kommissionsmitgliedern nachgeliefert worden sei, enthalten. Auf dem Rundgang bestehe selbstverständlich auch noch die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Jöhl-Amden hat eine Frage zu den Dachziegeln (Biberschwanzziegeln). Man habe schon mehrfach festgestellt, dass die alten Ziegel fortgeworfen worden seien, und im Nachhinein habe man gemerkt, dass man dies nicht hätte machen sollen, weil die alten Ziegel besser gewesen wären als die neuen. Deshalb wolle er wissen, ob man diesen Aspekt geprüft habe. Die Ziegel seien früher besser gebrannt worden. Sie seien deshalb immer sehr wertvoll.

Werner Binotto gibt zur Antwort, das Vorgehen sei das Gleiche wie beim Regierungsgebäude. Das Dach werde abgedeckt und alle noch einigermassen tauglichen Ziegel würden aufbewahrt. Beim Regierungsgebäude sei es so gemacht worden, dass die gut erhaltenen Ziegel auf den äusseren Seiten wiederverwendet worden seien, während auf den inneren Seiten neue Ziegel eingesetzt worden seien, so dass nach Ablauf der Lebensdauer jeweils eine gesamte Fläche ausgewechselt werden könne. Dieser Aspekt

sei bekannt gewesen und berücksichtigt worden. Der Umfang der Ziegel, die wieder gebraucht werden könnten, sei ihnen unbekannt. Das könnten 40 Prozent, 50 Prozent oder 60 Prozent sein.

Hasler-Spirig-Wartau erwähnt, sie habe der Botschaft entnehmen können, dass heute eine Ölheizung existiere und diese bestehen bleiben solle. Sie möchte wissen, ob Abklärungen betreffend Wärmepumpe oder dergleichen getroffen worden seien.

Werner Binotto erklärt, dass die Ölheizung in einem guten Zustand sei. Sie hätten sich entschieden, solche Ölheizungen nicht auszuwechseln. Nach Ablauf der Lebensdauer der Ölheizung werde sie ersetzt, entweder durch eine Holzschnitzel- bzw. Pelletheizung, was an sich in dieser Region möglich wäre, oder durch eine Wärmepumpe. Nach Meinung des Hochbauamtes sollten nicht alle Ölheizungen Hals über Kopf ausgewechselt werden, sondern der Lebenszyklus der Heizungen solle zu Ende geführt werden. Es werde von einer 2000-Watt-Gesellschaft ausgegangen. Die 2000-Watt-Gesellschaft sei auf das Jahr 2050 ausgerichtet. Der Kanton habe das Ziel auf das Jahr 2080 ausgerichtet. Mit einer 2000-Watt-Gesellschaft würde das Ziel einer Halbierung des heutigen Energieverbrauchs erreicht. Somit sei es für ihn nicht einsehbar, dass Hals über Kopf alle Heizungen ersetzt werden müssten. Das Ziel sei bis 2050 bzw. 2080 dies zu erledigen. Die Zeitdimension sei so gross, dass bis zu diesem Zeitpunkt sämtliche haustechnischen Bereiche in den kantonseigenen Gebäuden zwangsläufig saniert werden müssten.

Hasler-Spirig-Wartau fragt, wie lange die Lebensdauer der Ölheizung vorliegend noch betrage.

Werner Binotto gibt zur Antwort, dass die Lebensdauer etwa 10 Jahre betrage, die Heizung wahrscheinlich aber rund 15 Jahre laufe.

Hasler-Spirig-Wartau möchte wissen, wie dieses Gebäude geheizt werde.

Werner Binotto erklärt, dass es an die Ölheizung angeschlossen sei. Alle Gebäude seien an die Ölheizung angeschlossen. Deshalb lohne es sich später, einen Wärmeverbund zu machen, beispielsweise mit einer Holzschnitzelheizung. Es sei ein relativ grosses Areal. Allenfalls bestehe auch Bedarf, zusätzlich andere öffentliche Gebäude anzuschliessen.

Riederer-Valens ergänzt, dass man im Zeitpunkt, als die heutige Heizung eingebaut worden sei, umfangreiche Abklärungen gemacht habe, auch mit einem Energieverbund innerhalb des Dorfes. Man habe dabei auch eine Schnitzelheizung geprüft, es sei aber damals nicht zustande gekommen. Im Dorf sei seinerzeit das Interesse daran relativ gering gewesen. Er gehe davon aus, dass es wieder ein Thema werden könnte, wenn die Heizungssanierung wieder aufs Tapet komme. Das Dorf wäre an sich recht kompakt und deshalb prädestiniert für eine Versorgung mit einer Schnitzelheizung von einem Ort aus. Sollte es wieder zum Thema werden, wovon er ausgehe, hätten sie bereits schon viel Vorarbeit geleistet.

Der Präsident meint, ein wichtiger Aspekt sei, dass dies völlig losgelöst von diesem Projekt sei und auch noch in einem späteren Zeitpunkt angegangen werden könne. Es habe mit dieser Bauvorlage nichts zu tun.

Zoller-Jona führt aus, er habe im Baubeschrieb gelesen, dass bei den Fenstern aufgesetzte Sprossen vorgesehen seien und ob das bei einem geschützten Gebäude ideal sei.

Werner Binotto erwidert, dass es natürlich schöner wäre, keine aufgesetzten Sprossen zu verwenden, sondern echte Sprossen. Mit echten Sprossen könne allerdings die Optimierung der Isolationsgläser nicht erreicht werden, weil mit echten Sprossenfenstern zu kleine Flächen entstünden. Isolationsgläser seien im Randbereich immer schlechter als im Zentrum. Bei kleinen Glasflächen könne das nicht umgangen werden. Wenn die Sprossen hingegen aufgesetzt würden, habe man trotzdem grosse zusammenhängende Glasflächen, so dass eine relativ gute energetische Verbesserung erreicht werden könne. Ähnlich hätten sie es auch beim Regierungsgebäude gemacht und zwar mit aufgesetzten Sprossen aus echtem Holz, so dass es denkmalpflegerisch verträglich sei. Natürlich habe das Kloster, wenn man die Fassaden betrachte, mehr Mauer- als Fensterfläche. Es sei deshalb natürlich nur bedingt besser, aber es sei immerhin ein Teil der energetischen Verbesserung. Würden die Dach- und die Bodenisolationen dazu genommen, seien sie davon überzeugt, dass das Gebäude eigentlich ein gutes Energieverhältnis habe, auch weil es sehr massiv gebaut sei.

Hoare-Widmer-St.Gallen fügt an, dass ja nur ein Teil der Fenster renoviert würde. Sie möchte wissen, ob sich das nicht beisse und ob die Leute nicht sehen könnten, dass ein Teil der Fenster nur ein "Fake" mit aufgesetzten Sprossen sei, und der andere Teil echte Sprossenfenster.

Werner Binotto gibt zu, dass man das natürlich sehe. In der Regel hielten aber die Fenster an der Nord- und an der Ostseite immer länger. Im Norden habe es praktisch keine Sonnenbestrahlung und gerade die Sonnenbestrahlung sei für Fenster das Schlimmste, weil die Oberflächen verbrannt würden. Dadurch werde die Farbe abgesplittert und es könne Wasser eindringen. Deshalb gingen diese eher kaputt und auch der Unterhalt sei grösser. Es mache deshalb Sinn, die Fenster im Norden und im Osten, die noch in Ordnung seien oder mit kleinem Aufwand verbessert werden könnten, zu erhalten und zu sanieren. Mehrheitlich hätten die Fenster gegen Süden und Westen die kürzeste Lebensdauer. Das Gesagte gelte im Übrigen auch für die Isolationsgläser. Man müsse sich im Klaren sein, dass die gegen Süden ausgerichteten Gläser in der Regel nicht mehr als 25 Jahre Bestand hätten. Das gelte auch für Gläser an der Westfassade. Selbst wenn man noch so gut isolierte Gläser verwenden würde, hielten diese weniger lang, weil der Temperaturunterschied an der Südseite sich auf die Belastung der Oberfläche und die Spannung auswirke. Im Norden und im Osten sei der Kälte- und Wärmeeinfluss demgegenüber geringer. Darum sei die Lebensdauer dieser Gläser dort länger.

Wehrli-Buchs fragt, ob die Kosten, die hier gesamthaft gesehen ausgewiesen seien, in der Gesundheitsstrategie auf die nächsten zwanzig/dreissig Jahre einberechnet gewesen

seien oder ob das ein Projekt für sich sei, das nachher abgeschlossen sei. Weiter habe er bei der Auflistung der Honorare gesehen, dass deren Anteil etwa 13 Prozent der Gesamtkosten betrage. Er wolle wissen, ob gesagt werden könne, welcher Anteil auf den Architekten bzw. den Planer falle.

Werner Binotto antwortet, dass das Hochbauamt für beide psychiatrischen Kliniken sogenannte Masterpläne erstellt und diese dem Baudepartement und dem Gesundheitsdepartement unterbreitet habe. Im Rahmen dieser Strategien, die natürlich eine lange Zeitspanne umfassten, sei aufgezeigt worden, in welchem Zeitpunkt ein Sanierungsbedarf bestehe und wie gross der mutmassliche Sanierungsbedarf sein werde. Im Masterplan von Pfäfers sei dies auch so gewesen. Man habe gewusst, dass eine Sanierung kommen werde. Aber es sei so, dass man die Sanierung nicht von einem Tag auf den anderen auslösen müsse. Das könne noch etwas gesteuert werden. Ursprünglich sei dieses Projekt früher geplant gewesen, aber aufgrund diverser Priorisierungen habe man gesehen, dass dieses Projekt zurückgeschoben werden könne. Er finde dies auch gut, könne doch mit solchen Projekten das vorgegebene Investitionsvolumen aufgefangen werden. Es sei noch zu erwähnen, dass im westlichen Areal der psychiatrischen Klinik St.Pirminsberg mehrere weitere Gebäude stünden, die sanierungsbedürftig seien. Dort habe man aber heute eine neue Strategie, während dies seinerzeit noch anders beurteilt worden sei. Wie mit diesen Gebäuden, die heute dem Kanton gehörten, umgegangen werden soll, müsse noch geklärt werden. Vielleicht könne Christoph Eicher dazu noch etwas sagen. Hinsichtlich der Frage zu den Honoraren müsse grundsätzlich gesagt werden, dass diese 13 Prozent wesentlich weniger ausmachten als sonst üblicherweise. Das liege daran, dass vorliegend "nur" Bauteile zu sanieren und zu bearbeiten seien. Entsprechend sei der Anteil der Honorare kleiner. Wie konkret die Aufteilung aussehe, könne vielleicht Urs Diethelm sagen.

Urs Diethelm führt aus, dass das Honorar rund 2,1 Mio. Franken ausmache. 76 Prozent davon seien der Anteil für den Architekten. Der zweitgrösste Anteil betreffe den Landschaftsarchitekten mit 7 Prozent für den Klostergarten und die Umgebung. Der restliche Teil, den aufzuschlüsseln es sich nicht lohne, seien die Honorare für den Bauingenieur, den Elektroingenieur, den Bauphysiker, den Haustechnikingenieur und den Gastrofachplaner.

Wehrli-Buchs bedankt sich für die Antwort. Bei anderen Gebäuden sei man ja beispielsweise auf 18 Prozent gewesen. Es habe ihn einfach interessiert, wieso bei einem Gebäude das Honorar 13 Prozent und bei einem anderen 18 Prozent ausmache.

Regierungsrat Willi Haag fügt an, dass das Vorhaben in der jährlichen rollenden Investitionsplanung priorisiert enthalten sei. Wie Werner Binotto gesagt habe, würden jedes Jahr die Prioritäten nach Dringlichkeit festgesetzt, damit die Vorgaben des Kantonsrats eingehalten werden könnten. Betrachte man die Gesamtkosten, sei dies genau so ein Fall, wie er eingangs ausgeführt habe. Es werde dann gebaut, wenn ein Bedürfnis des Nutzers und ein bauliches Bedürfnis nach Erhaltung der Substanz bestünden. Hier sei es ein Spezialfall. Denn hier sei man gesellschaftlich und kulturell verpflichtet, ein historisches Gebäude wieder instand zu setzen. Wenn man das schon machen müsse oder – je nach Optik – machen dürfe, sei es schlau, dafür zu sorgen, dass

das historische Gebäude auch nach der Sanierung genutzt werden könne. Es sei wenig sinnvoll, ein historisches Gebäude zu sanieren, um es nachher geschlossen und ungenutzt zu lassen, dafür aber nebenan für die benötigte Nutzung etwas Neues zu erstellen. Rein vom Nutzen her werde dieses Gebäude in Bezug auf die Baukosten ein bisschen aufwendiger. Denn rein von der Nutzung her würde man anders bauen. Dies müsse berücksichtigt werden. Deshalb sei der grosse Anteil der Kosten für die Sanierung hier werterhaltend und nur ein kleinerer Teil wertvermehrend. Das Baudepartement habe einen Auftrag für ein Gutachten erteilt, was sich auch kostenmässig ausgewirkt habe. Das Baudepartement müsse Gutachten erstellen und Grundlagen beschaffen, damit man Entscheidungsgrundlagen für die Regierung und das Parlament habe. Je nach dem, wie komplex ein Vorhaben sei, gebe es mehr oder weniger vertiefte und ausführliche Grundlagen, die entsprechend Planungskosten verursachten. Das gehöre aber einfach dazu, um Fragen der Parlamentarier beantworten zu können und ihnen Grundlagen für ihre Entscheidung zu liefern.

Der Präsident erteilt das Wort an Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann.

Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann möchte noch ergänzend die Stimme aus dem Verwaltungsrat der Psychiatrieverbünde einbringen. Dort sei man in grosser Sorge, weil insgesamt die von den Verbünden genutzten Gebäude im ganzen Kanton in einem ganz schlechten Zustand seien. Diesbezüglich habe sie schon im Kantonsrat Hinweise angebracht. Wie Regierungsrat Willi Haag schon gesagt habe, seien alle diese Gebäude in der Investitionsplanung aufgeführt, aber wegen der Priorisierung seien sie in den letzten Jahren zurückgestellt worden. Dies führe immer wieder zu Diskussionen im Verwaltungsrat und man sei deswegen in grosser Sorge.

Der Präsident will wissen, ob noch weitere Verständnisfragen offen seien. Er sei der Ansicht, dass die Kommission schon recht tief in das Geschäft eingetaucht sei, was er – gerade vor der Führung – für richtig erachte. Er möchte noch auf das E-Mail von Beat Tinner, der noch abwesend sei, hinweisen, das allen Mitgliedern vorliege. Die Frage von Beat Tinner wäre wahrscheinlich an dieser Stelle gestellt worden. Es habe ja mehrere Sanierungen im Verlauf der letzten Jahrzehnte gegeben. Er denke, das könne man bei der anschliessenden Führung auch ein Stück weit sehen. Beat Tinner habe sich speziell nach der letzten Sanierung vor zwanzig Jahren erkundigt. Laut Antwort im E-Mail sei die damalige Sanierung der Fassaden und Fenster mit einem Aufwand von siebzigtausend Franken gemacht worden. Daraus sei seiner Ansicht nach ersichtlich, dass es sich seinerzeit um eine andere Liga und um ein anderes Geschäft gehandelt habe, als das Geschäft, das heute beraten werde. Das erkläre wahrscheinlich auch den Abstand von nur zwanzig Jahren seit der letzten Sanierung. **Der Präsident** will wissen, ob dazu noch weitere Bemerkungen gewünscht seien, und stellt an Ferdinand Riederer gerichtet die Frage, ob man es dabei bewenden lassen könne.

Riederer-Valens erwidert, er glaube, dass man das so sein lassen könne. Auf dem Rundgang werde sich vieles klären. Wenn man die Gebäude gesehen habe, würden sich viele der Fragen erübrigen. Übrigens werde Beat Tinner um ca. 10.00 Uhr hier ankommen.

Der Präsident erteilt Susanne Hoare-Widmer das Wort.

Hoare-Widmer-St.Gallen sagt, sie wisse nicht, ob sie ihre Frage an dieser Stelle stellen solle oder erst später in der Spezialdiskussion. Die Kommissionsmitglieder könnten ja entscheiden, an welcher Stelle ihre Anfrage angebracht sei. Sie habe sich gefreut, dass Christoph Eicher in einem Zeitungsinterview habe verlauten lassen, er empfinde diesen Ort nicht nur als Arbeits-, sondern als Kraftort. Sie habe sich aber gewundert, dass im ganzen Botschaftsbericht die Denkmalpflege so wenig erwähnt worden sei. An wenigen Stellen werde darauf verwiesen, es sei denkmalpflegerisch abgeklärt worden. Es sei aber niemand von der Denkmalpflege in der Projektorganisation erwähnt. Das Klostergebäude sei einer von 3000 sehr wichtigen Orten im schweizerischen Kulturgüterschutz. Sie frage sich, wer überhaupt beigezogen worden sei und ob vom Bund ein Beitrag für die denkmalpflegerischen Mehrkosten zu erwarten sei. Ein grosser Teil der Kosten seien ja denkmalpflegerische Mehrkosten. All das habe sie beschäftigt und insgesamt möchte sie gerne wissen, wie man in so wichtigen Angelegenheiten die Denkmalpflege einbeziehe und wie man ihr, der Denkmalpflege, auch nach aussen das nötige Gewicht verleihe. Wenn sie den Bericht lese, habe sie den Eindruck, es hätten vielleicht Sachbearbeiter mit der Denkmalpflege ein bisschen Kontakt gehabt. Aber wie wichtig das Ganze in der Schutzverordnung in Pfäfers und in der ganzen Schweiz sei, sei ihrer Ansicht nach zu wenig erwähnt worden. Übrigens werde die Denkmalpflege in den Unterlagen immer als Amt bezeichnet, obwohl es eine Abteilung sei. Auch das habe sie ein wenig misstrauisch gemacht.

Der Präsident erachtet die Frage an dieser Stelle für berechtigt, und möchte sie noch vor dem Rundgang beantwortet wissen.

Werner Binotto erläutert, dass das Gutachten, das Regierungsrat Willi Haag erwähnt habe, ein denkmalpflegerisches Gutachten sei. Das Hochbauamt habe das Gutachten zusammen mit der Eidgenössischen Denkmalpflege und dem damaligen Leiter der kantonalen Denkmalpflege, Pierre Hatz, gemacht. Es sei nicht auf einer tiefen Ebene gemacht worden, sondern im Bewusstsein, dass das Kloster ein wichtiges Gebäude sei. Insbesondere der Putzaufbau, die Fenster und das Dach, namentlich auch die von Toni Jöhl angesprochenen Biberschwanzziegel, seien denkmalpflegerisch abgeklärt worden. Er nehme aber gerne entgegen, dass im Bericht zu wenig hervor gehoben worden sei, wie intensiv die Abklärungen gewesen seien. Das sei ein Mangel. Es werde für ein nächstes Mal mitgenommen. Der Kanton habe noch mehr solche denkmalgeschützte und schutzwürdige Gebäude. Als Beispiel wolle er die Sanierung des Rundturms in der Klosteranlage erwähnen. Diese Sanierung sei denn auch von Pierre Hatz sehr gerühmt worden. Das sei eine langwierige Arbeit gewesen, bei der das Hochbauamt praktisch täglich mit dem zuständigen Sachbearbeiter Kontakt gehabt und mit diesem erstellt und umgesetzt habe. Die Arbeit hier in Pfäfers werde nicht so intensiv sein, auch wenn man hier von der Fläche her ein viel grösseres Volumen habe. Es werde ein paar grundsätzliche Abklärungen geben, etwa wie man mit der Sockelpartien und mit den Fenstern umgehen solle, Aber die Meinung sei, die Denkmalpflege eng zu involvieren. Er sehe diesbezüglich kein Problem.

Der Präsident stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht würden, und schlägt vor, mit dem Rundgang zu beginnen. Das Gebäude werde gemeinsam in einer Gruppe unter der Leitung von Urs Diethelm und Christoph Eicher begangen.

3 Besichtigung/Führung

Der Präsident stellt Renaldo Kleboth, Leiter Technik der Klinik St.Pirminsberg, vor, der den Rundgang begleiten und Ausführungen machen werde.

Renaldo Kleboth erläutert vor der Eingangstür in der nördlichen Fassade des Gebäudes A2, dass hier ein spezieller Punkt, der aber für das gesamte Gebäude gelte, gut sichtbar sei. Es sei dies der Sockelbereich. Aufgrund der aufsteigenden Feuchtigkeit blättere der Verputz ab und die Aussenwand sei teilweise morsch und sandig. Dieses Problem beruhe eventuell auch auf einem damals falsch ausgeführten Aufbau. Aber auch im oberen Bereich der Fassaden, z.B. bei den Fenstern, seien Aufplatzungen zu sehen. Weiter könnten einzelne Risse erkannt werden, die vor etwa sieben oder acht Jahren mit Gips geschlossen worden seien. Zum Teil habe es zwischenzeitlich auch wieder neue Risse gegeben. Das Schlimmste seien die Fassadenaufplatzungen. Weiter seien hier Bohrlöcher sichtbar, die der Baubiologe für die Untersuchung der Substanz gemacht habe. An der Aussenwand sei ein Zementputz von etwa zwei Zentimetern aufgetragen, was heute nicht mehr so gemacht würde.

Werner Binotto ergänzt, dass die Umgebungskosten insgesamt rund eine Million Franken ausmachten. In diesem Betrag sei nicht nur der neue Klostergarten enthalten, sondern im Wesentlichen auch die hier sichtbaren Randsteine. Weil die Sockelpartien aufgrund der bestehenden aufsteigenden Feuchtigkeit zwangsläufig immer einen gewissen Unterhalt benötigten, müsse ein Zugang dazu möglich sein. Wenn man bis an die Fassade asphaltieren würde, hätte dies jeweils eine relativ grosse Baustelle zur Folge, um die notwendigen Unterhaltsarbeiten im Sockelbereich ausführen zu können. Mit dieser Lösung könnten die Randsteine herausgenommen und die Arbeiten durchgeführt werden.

Nachdem sich die Teilnehmenden zum westlichen Teil der Nordfassade begeben haben, führt **Renaldo Kleboth** aus, auch hier sei das typische Bild mit den Rissbildungen und den Abplatzungen an den feuchten Stellen erkennbar. Dies sei an allen Fassaden so.

Auf Hinweis aus der Runde erklärt **Renaldo Kleboth**, dass die beiden unteren Fenster an der Nordfassade während einer der Umbauphasen wohl mit neuen Gewänden versehen worden seien. Die beabsichtige Fassadensanierung beinhalte auch die Restauration dieser eher untypsichen Fenstergewänder. Bei allen Fenstern seien vor allem die Fensterbänke kritisch, weil dort an den Ecken Feuchtigkeit eindringen könne. Für diese Arbeiten sei ein Steinmetz gefragt.

Renaldo Kleboth macht vor der Westfassade des Gebäudes A2 auf die Risse in der Fassade, insbesondere im Bereich der Fensterbänke aufmerksam, und führt aus, dass am gesamten Gebäude rund acht bis zehn verschiedene Fenstertypen vorhanden seien.

Ganz untypisch für ein Kloster seien die Fenster mit starken Kämpfern und den obenliegenden Kippfenstern. Es geschehe häufig, dass die Kippfenster im Winter offen blieben oder nicht mehr richtig geschlossen werden könnten. Bei der Fenstersanierung werde darauf geachtet, dass die denkmalpflegerisch richtigen Fenstertypen eingebaut würden, die aber trotzdem energetisch genügten. Vorgesehen seien sechsfeldige, nicht kippbare Sprossenfenster ohne starken Kämpfer. Die bestehenden Geranienkästen in den oberen Geschossen würden wahrscheinlich entfernt. Umgekehrt könnten im darunter liegenden Geschoss noch die Aufhängungen für die heute nicht mehr vorhandenen Fensterläden gesehen werden. Mit der Denkmalpflege sei vorgesehen, dass im Hauptbereich wieder Fensterläden angebracht würden. Statt zehn Fenstertypen werde bei der Sanierung nur mehr ein Fenstertyp verwendet, um ein einheitliches Bild zu erreichen. Mit einer Ausnahme im unteren Bereich des Gebäudes, wo die alten Nussbaumfenster erhalten bleiben sollen.

Werner Binotto fügt an, dass an sich überall harzhaltige Eichen- oder Nussbaumfenster, die gut unterhalten werden könnten, richtig wären. Aber das sei kostenmässig nicht möglich, weil diese rund fünfmal teurer als normale, konventionelle Fenster seien. Es würden aber Holzfenster eingebaut, auch wenn diese etwas mehr Unterhaltsarbeiten im unteren Fensterbereich benötigten. Er denke, dies sei verträglich und machbar.

Renaldo Kleboth öffnet und schliesst eine Türe in der Westfassade und erklärt, dass die Türe zwar schliesse, sie aber offensichtlich völlig verzogen sei. Solche Türen und Fenster fänden sich am ganzen Gebäude. Sie seien entsprechend undicht.

Urs Diethelm orientiert darüber, dass das Dach nicht begangen werde. Der Zustand des Daches werde anhand mitgebrachter Fotos erläutert.

Renaldo Kleboth erklärt, dass sie – schon aus Sicherheitsgründen – das Dach jährlich durch einen externen Dachdecker kontrollieren liessen. Der Dachdecker erstelle Protokolle und stelle jeweils fest, dass einzelne Ziegel durch den Schnee abgedrückt und zum Schneefänger abrutschen würden. Weiter sei ersichtlich, dass der Dachdecker für entsprechende Reparaturen Ziegel verwenden müsse, die ihm gerade zur Verfügung stünden. Deshalb seien einzelne der ersetzten Ziegel rund, andere eckig. Zudem passiere es bei den Schneefängern häufig, dass einzelne Ziegel abreissen oder hervor rutschen würden. Andere Ziegel würden unterhalb spröde und bröckelig, weshalb jedes Jahr aus der Dachrinne entsprechende Ziegelstücke entfernt werden müssten. Der Dachdecker wechsle jedes Jahr einige Ziegel aus. Schliesslich sei darauf hinzuweisen, dass das Dach eigentlich ein Schindeldach sei. Auf das Schindeldach sei eine Lattung angebracht worden. Darüber sei das Dach mit Biberschwanzziegeln eingedeckt worden. Heute bestehe das Problem, dass zum Teil die Lattung auf dem Schindeldach instabil werde oder durchgefault sei. Deshalb gebe es eine wellenartige Bewegung auf der Dachfläche. Um das Dach einigermassen dicht halten zu können, sei der jährliche Aufwand relativ gross. Das Schlimmste sei eigentlich die bestehende Gefährdung durch herunterfallende Ziegel. Bei viel Schnee würden im Winter die Strasse und der Innenhof abgesperrt.

Die Teilnehmenden treffen sich im Garten vor dem südlichen Eingang zum Gebäude A3, wo **Renaldo Kleboth** ausführt, dass dies der Haupteingang des Klosters sei, was

allerdings wegen des eingewachsenen Gartens nicht mehr so offensichtlich sei. Die Idee des Architekten sei, die Mauern in zwei Bereichen zu öffnen, um den Zugang zur Kirche direkt durch den Haupteingang zu ermöglichen. Die Gestaltung des Gartens werde leicht verändert, vor allem der Aufgang zum Haupteingang. Man könne gut sehen, dass die Treppe zum Haupteingang in einem desolaten Zustand sei. Die Fugen seien verschoben, so dass die Feuchtigkeit in den Treppenbereich eindringe. Innen seien Platten vorgesetzt worden, um die Feuchtigkeitsschäden abzudecken. Dies könne nachher gesehen werden, wenn die Küche von innen begangen werde. Es müssten immer wieder Feuchtigkeitsschäden behoben werden. Der Treppenaufgang müsse deshalb saniert werden. Die Treppe würde angepasst. Der Teich und die Blutbuche blieben aber bestehen. Einzelne Gewächse würden entfernt und der Garten werde insgesamt ausgelichtet.

Der Präsident weist auf die nach aussen geneigte Aussenmauer hin und möchte wissen, ob diese Mauer saniert werden müsse.

Renaldo Kleboth gibt zur Antwort, dass dies nicht direkt geprüft worden sei. Die letzten Jahre sei die Mauer ruhig geblieben. Hingegen werde inwändig das Erdreich entfernt, um die Mauer zu entlasten. Vom Denkmalpfleger sei gewünscht, die Mauern grösstenteils stehen zu lassen.

Werner Binotto ergänzt, dass das Hochbauamt die Mauer gern entfernt hätte, unter anderem auch, weil das Hochbauamt auch etwas skeptisch gewesen sei. Die Mauer sei aber statisch intakt. Das habe das Hochbauamt prüfen lassen. Die Mauer sei erst mit der Säkularisierung des Klosters entstanden. Weil das Kloster im 19. Jahrhundert eine geschlossen Anstalt gewesen sei, habe man damals diese Mauer errichtet. Nach den Überlegungen des Denkmalpflegers sollen die verschiedenen Epochen sichtbar bleiben. Das Hochbauamt hätte gerne den historischen, barocken Zustand wieder hergestellt. Auf den ganz alten Plänen könne man sehen, dass der Garten früher bis an die Strasse gereicht habe und eigentlich ein Carrée gewesen sei. Allerdings seien von diesem alten barocken Garten keinerlei Spuren mehr vorhanden. Auch das sei denkmalpflegerisch abgeklärt worden. Die Mauer gleich vor dem Standort der Gruppe sei neueren Datums und in einem schlechteren Zustand als die Hauptmauer. Diese Mauer müsse deshalb ersetzt werden.

Renaldo Kleboth gibt auf Frage zur Auskunft, dass der bestehende Pavillon entfernt werde.

Im Innern des Gebäudes zwischen der Küche und dem Raum für die kalte Küche macht **Renaldo Kleboth** auf die draussen erwähnten Feuchtigkeitsschäden aufmerksam, und erklärt weiter, dass die sichtbaren Heizungsrohre den Raum kaum genügend aufwärmen könnten. Es sei sozusagen tatsächlich eine kalte Küche. Weiter befänden sich im hinteren Teil die alten Kühlräume, die am Januar 2014 abgeschrieben worden seien. Die alten Kühlräume funktionierten noch mit alten, heute nicht mehr zulässigen Kühlmitteln. Beim anschliessenden Durchgang durch die Küche werde zu sehen sein, dass die Rein- und Unreinzonen bei der Waschstrasse einzig durch rote Balken auf dem Boden abgetrennt seien. Die Küche sei zwar gross, aber für die Abläufe nicht optimal eingeteilt.

Nachdem die Teilnehmenden die heute bestehende Küche durchquert haben, erläutert **Renaldo Kleboth** Im Korridor des Gebäudes A2 (Erdgeschoss), dass in diesem Bereich der Einbau der neuen Küche vorgesehen sei. Zuerst komme die Anlieferung, d.h der schmutzige Bereich. Von hier aus würden die Lebensmittel in die Küche geschoben und dort verarbeitet. Daran anschliessend folge die Abwäscherei. Die Essenslieferung zu den neuen Gebäuden erfolge durch diesen Verbindungsgang. Die Essenswagen würden im schmutzigen Bereich angeliefert, hineingefahren, gewaschen und für die nächste Tour bereitgestellt. Während dem Bau werde die heute bestehende Küche so belassen und genutzt. Wenn die neue Küche fertiggestellt sei, werde die Produktion von der alten in die neue Küche verschoben. Der einzige Knackpunkt seien noch die Kühlräume. Dafür müsse noch eine Lösung gefunden werden.

Tanner-Sargans erkundigt sich, ob der Klosterinnenhof öffentlich zugänglich sei.

Renaldo Kleboth führt dazu aus, dass nach dem Umbau der Park sowie der südliche Haupteingang offen seien und von dort die Kirche öffentlich zugänglich sei. Heute sei das Innere der Kirche nur von der Strasse her zu erreichen. Das führe dazu, dass sich oftmals Besucher im Kloster nach der Suche zum Kircheneingang verlaufen würden, und wieder nach draussen auf die Strasse geschickt werden müssten. Der schon sanierte Klosterinnenhof sei von innen her zugänglich.

Urs Diethelm erkundigt sich, ob der Wunsch bestehe, die oberen Räume mit dem Ärztekorridor oder das Dachgeschoss mit dem Unterdach zu besichtigen.

Nachdem Bedarf für eine Besichtigung der oberen Räume angemeldet wird, erklärt **Renaldo Kleboth** nach der Verschiebung in den sogenannten Ärztekorridor (Geschoss B), dass dieser Gang der einzige Gang im Kloster sei, der noch nicht saniert sei. Es sei eine sanfte Renovation mit viel helleren Wänden beabsichtigt. Zusätzlich werde aus feuerpolizeilichen Gründen am Ende des Korridors eine Glaswand eingebaut. Weiter weise er auf die Fenster hin. Diese seien zwar noch in einem einigermassen guten Zustand. Man könne aber doch auch hier sehen, wie die Feuchtigkeit eindringe. Vor allem im Winter könne im Innern der Doppelverglasung Feuchtigkeit festgestellt werden.

Am Ende des Gangs beim Treppenaufgang fährt **Renaldo Kleboth** mit seinen Ausführungen fort und erklärt, die neuzeitlichen Schranktüren würden ersetzt. Vom Haupteingang könne man die Treppe hinauf über den Korridor gehen und komme dann über die Türe in den Klosterhof. Das sich hier befindliche Konventzimmer werde auch für Ziviltrauungen und andere Anlässe genutzt. Die feuerpolizeilich vorgeschriebene Brandschutztrennung sei insofern von Vorteil, als die dafür vorgesehenen Glaswände zukünftig eine bessere Trennung zwischen den öffentlichen Veranstaltungen und dem psychiatrischen Betrieb erlaubten.

Im Konventzimmer erläutert **Renaldo Kleboth**, dass dieser Raum vor rund vier Jahren restauriert worden sei.

Riederer-Valens präzisiert, dass die Decke ein Nachbau sei. Die Originaldecke sei heute im historischen Museum in St.Gallen.

Renaldo Kleboth lenkt die Aufmerksamkeit auf die Fenster in diesem Raum. Dabei handle es sich um die vorher erwähnten Nussholzfenster, die nicht ersetzt würden. Diese Nussbaumfenster würden einzig saniert.

Werner Binotto ergänzt, dass diese sechs Fenster nicht mit Isolierglas versehen würden. Er denke, dass der Kanton auf eine energetische Verbesserung dieser sechs historischen Fenster verzichten könne.

Regierungsrat Willi Haag meint, dass die Isolierung dieser sechs Fenster energetisch wohl auch nicht viel brächte.

Werner Binotto ergänzt, dass die Mauern, sofern sie dicht seien, aufgrund ihrer Masse wahrscheinlich energetisch sehr gut seien. Das Hochbauamt sei der Ansicht, dass mit den neuen Fenstern und mit der Isolierung der Böden und des Daches das Gebäude eine sehr gute Energiebilanz aufweisen werde. Generell hätten sie bei solchen Gebäuden wenig Bedenken in Bezug auf die Energiezukunft. Zu ergänzen sei, dass solche Gebäude im Sommer weniger problematisch seien, weil die Räume im Sommer in der Regel kühl blieben. Bei neueren Bauten sei denn auch weniger die Kälte im Winter ein Problem, als vielmehr die Wärme im Sommer, weil dann die Gebäude im Innern gekühlt werden müssten. Auch das brauche Energie. In der Gesamtenergiebilanz seien solche Gebäude wie das Kloster wohl nicht so schlecht.

Der Präsident bedankt sich bei Renaldo Kleboth und beendet die Begehung.

4 Allgemeine Diskussion

Der Präsident erläutert, dass die Eintretensfrage dem Kantonsrat vorbehalten sei. Er bitte die Kommissionsmitglieder eine Gesamtwürdigung abzugeben unter Berücksichtigung, dass über Details später gesprochen werden könne. **Der Präsident** erkundigt sich, wem er das Wort übergeben könne, und erteilt Beat Tinner das Wort.

Tinner-Azmoos erklärt, dass sich Marlen Hasler-Spirig zuerst gemeldet habe, weshalb er das Wort ihr übergeben wolle.

Hasler-Spirig-Widnau begrüsst die Anwesenden. Sie spreche im Namen der CVP-Fraktion und der Kommission. Sie hätten interessiert aus der Botschaft erfahren und vorhin auf dem Rundgang auch feststellen können, dass die Regierung das Gebäude aus dem 17. Jahrhundert einer zweckmässigen und nachhaltigen Sanierung unterziehen wolle. Sie seien von der Notwendigkeit dieser Sanierung überzeugt und sie denke, sie habe dem nichts mehr beizufügen. Sie würden das Vorhaben unterstützen.

Der Präsident bedankt sich für das kurze und klare Votum und erteilt Beat Tinner das Wort.

Tinner-Azmoos begrüsst die Anwesenden. Die FDP habe sich mit der Bauvorlage auseinandergesetzt, indem sich ein Teil der Delegation bereits vor Ort über Teile der Bauvorlage habe informieren lassen und sich von der Notwendigkeit der vorgesehenen Baumassnahmen habe überzeugen können. Die Sanierungsmassnahmen seien nachvollziehbar. Was vielleicht ein bisschen erstaune, aber wahrscheinlich zu erklären sei, sei, dass Fassadenteile und Fenster nach 20 Jahren erneuert werden müssten. Auf seine E-Mail-Anfrage habe er verdienstvollerweise erfahren – und wie er gehört habe, sei dies auch schon an dieser Sitzung thematisiert worden –, dass die Arbeiten vor etwa 20 Jahren für rund 70'000 Franken ausgeführt worden sein. Umso mehr lasse sich bestätigen, dass die heutige Investition mehr als notwendig sei. In der Spezialdiskussion werde er nochmals darauf zurückkommen, aber er möchte doch schon an dieser Stelle den Wunsch beim Kantonsbaumeister anbringen, dass ihm ein Detailplan eines denkmalpflegerisch geschützten Fensters nachgereicht werde. Er habe eine Detailplan in der Botschaft gesucht, aber nicht gefunden. Die FDP-Fraktion werde diese Vorlage unbestritten weiter beraten. Er möchte seinem Kollegen Ferdinand Riederer als Gemeindepräsident der Standortgemeinde gerne noch die Möglichkeit geben, weitere Bemerkungen anzubringen.

Der Präsident erteilt Ferdinand Riederer das Wort.

Riederer-Valens erklärt, dass er es eigentlich recht kurz machen könne, und zwar gehe es zum einen noch um einen Aspekt, der bis jetzt noch nicht besprochen worden sei, ihn als Gemeindepräsidenten von Pfäfers aber sehr freue. Gemeint sei die neue Küche. Die Küche der psychiatrischen Klinik sei auch Zubringerin für das Altersheim. Als die Gemeinde das Altersheim vor rund 15 Jahren erneuert habe, sei keine Küche eingebaut worden. Für die Lieferung der Mahlzeiten habe die Gemeinde einen langjährigen Vertrag mit der psychiatrischen Klinik, der immer wieder erneuert und überarbeitet werde. Deshalb seien die Pensionäre und Pensionärinnen des Altersheims auch Gewinner, wenn eine gute und neuzeitliche Küche in der Klinik gebaut werde. Zum anderen wolle er für die Gemeinde betonen, dass der öffentliche Bereich im Garten wichtig sei. Die Kirche und das Kloster seien sehr nahe zum Dorf. Die Klosterkirche habe ja nicht nur eine wichtige Bedeutung für die Einheimischen, sondern für die ganze Region. Es fänden dort viele öffentliche Anlässe mit Konzerten statt. Es sei ein Gewinn für alle, wenn der Durchgang zur Klosterkirche mit dem schon sanierten Innenhof öffentlich werde. Er sei deshalb insgesamt dankbar, auch wenn das Projekt eigentlich schon lange in der Pipeline gewesen sei und die Gemeinde doch ein paar Jahre habe warten müssen. Es freue ihn deshalb, dass das Vorhaben jetzt ausgeführt werde.

Der Präsident erteilt Toni Jöhl das Wort.

Jöhl-Amden begrüsst die Anwesenden. Sie von der SVP seien für Eintreten. Sie fänden das Projekt gemäss Vorlage gut. Sie seien sehr erfreut darüber, dass auch in den Aussengebieten an der Grenze zum Kanton Graubünden Geld investiert werde, und so wertvolle Gebäude erhalten werden könnten. Sie begrüssten weiter, dass für die

Bewohner der Klinik etwas getan werde, und diese einen schönen Ort und gutes Essen erhielten, um sich weiter zu entfalten. Er bedanke sich für diese Vorlage und hoffe, dass es positiv ausgehe.

Der Präsident verdankt das Votum und erteilt Joe Walser das Wort.

Walser-Sargans begrüsst die Anwesenden. Der Fraktion SP-Grüne sei es ein Anliegen, dass die psychiatrische Klinik St.Pirminsberg eine zeitgemässe Infrastruktur erhalte, und dass dieses wunderschöne barocke Klostergebäude in seiner historischen Form erhalten bleibe und nach denkmalpflegerischen Aspekten saniert werde. Wie Susanne Hoare-Widmer schon gesagt habe, seien in der Botschaft die denkmalpflegerischen Aspekte etwas wenig zum Ausdruck gekommen. Aber wie man sehe, seien diese Aspekte in der Projektierung berücksichtigt worden. Die Fraktion bedanke sich für die gelieferten Unterlagen. Als er die Botschaft zum ersten Mal gesehen habe, habe er daraus relativ schwer heraus lesen können, was genau die Vorlage beinhalte. Er sei darum dankbar für die nachgelieferten Unterlagen. Damit sei es viel besser möglich gewesen, im Vorfeld die Vorlage genau zu studieren. Auch die Führung habe ein gutes Bild vermitteln können. Insbesondere habe gut gesehen werden können, dass die Küchensanierung dringend notwendig sei, um die Küche in einen zeitgemässen Zustand zu bringen und die Arbeitsabläufe zu optimieren. Ein weiteres Anliegen sei ihnen die Aussenraumgestaltung, die zu einem öffentlichen Raum werde. Im heutigen Zeitpunkt sei es so, dass man sich als nicht Ortskundiger fast nicht getraue, in das Klosterareal hinein zu gehen. Die bessere öffentliche Zugänglichkeit gebe der ganzen Anlage sicher eine sehr grosse Aufwertung. Die Vorlage sei aus ihrer Sicht unbestritten.

Der Präsident dankt und erteilt Jörg Tanner das Wort.

Tanner-Sargans begrüsst die Anwesenden. Er spreche im Namen der Fraktion GLP-BDP. Er bedanke sich für die Unterlagen. Wie schon Joe Walser erwähnt habe sei die Vorlage mit den nachgereichten Unterlagen sehr gut dokumentiert worden. Auch hätten sie sich einen guten Eindruck beim Rundgang verschaffen können. Man müsse kein Baufachmann sein, um zu sehen, dass Handlungsbedarf bestehe bzw. die Notwendigkeit, das Gebäude zu sanieren, gegeben sei. Das barocke Klostergebäude gelte ja als Zeitzeuge des 17. Jahrhunderts und beherberge seit 1845 die kantonale psychische Klinik St.Piriminsberg. Das Kloster und die Klinik seien aus der Gemeinde Pfäfers, aber auch aus dem ganzen Sarganserland nicht mehr wegzudenken. Er möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auch viele Unternehmer von der Klinik profitierten. Er hoffe, dass im Fall einer Realisierung des Vorhabens für die Unternehmen aus der Region die Möglichkeit bestehe, zu offerieren. Er denke, diese Unternehmen seien sicher konkurrenzfähig und könnten einen guten Preis bieten. Die Fraktion GLP-BDP spreche sich für das Bauvorhaben aus. Mit dem Vorhaben werde auf die Bedürfnisse eingegangen. Vor allem sei wichtig, dass mit der neuen Küche zukünftig die Hygienevorschriften eingehalten werden könnten. Ein Nebeneffekt davon sei, dass der Betrieb optimiert werden könne. Die ökologischen Sanierungsvorhaben würden so gut wie möglich umgesetzt, was man beim Rundgang habe sehen können. Man habe ja auch aus denkmalpflegerischen Gründen Rücksicht nehmen müssen. Das sei aus Sicht der Fraktion verständlich. Trotz dieser Rücksichtnahme könnten Energieeinsparungen

erreicht werden. Eine einzige, vielleicht etwas kritische Frage habe sich der Fraktion gestellt, nämlich warum ein Architekturbüro aus dem Raum Zürich und nicht ein Büro aus dem Kanton St.Gallen für das Projekt beigezogen worden sei. Immerhin betrage das Architektenhonorar – wie gesagt worden sei – 76 Prozent des Gesamthonorars. Aber vielleicht gebe es wichtige Gründe dafür, weshalb man ein Büro aus Zürich berücksichtigt habe. Sie hätten keine weiteren Bemerkungen und stünden dem Bauvorhaben positiv gegenüber.

Der Präsident gibt das Wort frei für weitere Bemerkungen im Rahmen der allgemeinen Diskussion. Der Präsident erteilt das Wort Regierungsrat Willi Haag.

Regierungsrat Willi Haag bedankt sich bei allen Anwesenden für die positive Aufnahme der unterbreiteten Botschaft. Er habe bisher noch nie erlebt, dass bei einer Vorlage nur eine einzige kritische Frage gestellt worden sei. Betreffend die Frage, warum ein Zürcher Architekt beigezogen worden sei, könne Werner Binotto Auskunft geben. Ein Grund sei, dass der Kanton zwar sehr liberal sei und für einen offenen Markt einstehe, aber manchmal gewinne ein ausserkantonaler Unternehmer.

Werner Binotto gibt zur Auskunft, dass es eine öffentliche Ausschreibung gewesen sei, bei der man sich habe bewerben können. Sie hätten schon mehrmals feststellen können, dass sie sehr wenige regionale Bewerbungen erhielten, wenn eine Ausschreibung im Simap gemacht werde. Das sei auch in diesem Fall so gewesen. Es seien seines Wissens sechs Büros gewesen und das Zürcher Büro habe das beste Angebot gemacht.

Der Präsident erteilt das Wort Susanne Hoare-Widmer.

Hoare-Widmer-St.Gallen kommt auf ihre schon früher gestellte Frage zurück. Weil ja das Gebäude unter Bundesschutz stehe, wolle sie wissen, ob sich der Bund nicht habe beteiligen müssen. Ihr sei nicht mehr genau bekannt, wie das funktioniere, aber es gebe glaublich einen Verteiler für denkmalpflegerische Mehrkosten.

Werner Binotto bestätigt, dass es einen Verteiler gebe, der Beitrag aber sehr bescheiden sei, zumal es vor allem um eine Wiederinstandsetzung gehe. Es habe ein ähnliches Verfahren beim Regierungsgebäude gegeben. Dort habe der Bund rund 3 Prozent der Kosten für die Fenster bezahlt. In dieser Vorlage sei der denkmalpflegerische Beitrag nicht eingeflossen, weil ihm dieser Betrag nicht bekannt sei. Er rechne aber mit einem kleinen Beitrag.

Der Präsident hält fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Traktandum gewünscht würden, schliesst die Allgemeine Diskussion und leitet über zur Spezialdiskussion.

5 Spezialdiskussion

Der Präsident erklärt einleitend, die Spezialdiskussion diene in erster Linie der Klärung von Verständnisfragen. Zur Botschaft als solche könne die vorberatende Kommission keine Anträge stellen. Die Botschaft werde nun nachfolgend ziffernweise beraten.

Zusammenfassung
Keine Wortmeldungen.

1. Ausgangslage
1.1 Auftrag und Organisation der St.Gallischen Psychiatrie-Dienste Süd (PDS)
Keine Wortmeldungen.

1.2 Bauliche Situation
1.2.1 Allgemeines
Keine Wortmeldungen.

1.2.2 Nutzung des Klostergebäudes
Keine Wortmeldungen.

2. Künftige Bedürfnisse
2.1 Bauliche Bedürfnisse
Keine Wortmeldungen.

2.2 Betriebliche Bedürfnisse
Keine Wortmeldungen.

3. Bauvorhaben
3.1 Hauptsächlich zu sanierende Bereiche
Der Präsident erteilt das Wort Susanne Hoare-Widmer.

Hoare-Widmer-St.Gallen weist darauf hin, dass an dieser Stelle erstmals das Amt für Denkmalpflege erwähnt werde. Wie schon eingangs ausgeführt sei es aber kein Amt, sondern eine Abteilung. Weiter hinten in der Botschaft komme die falsche Bezeichnung nochmals vor.

3.1.1 Dachsanierung
Keine Wortmeldungen.

3.1.2 Fassaden und Fenster
Keine Wortmeldungen.

3.1.3 Küchenumbau
Der Präsident erteilt das Wort Walter Gartmann.

Gartmann-Mels-Mädris führt aus, dass er beim Rundgang durch die Küche viele neuwertige Geräte gesehen habe, und fragt, ob diese Geräte in die neuen Küche integriert oder für die neue Küche sämtliche Geräte neu angeschafft würden.

Urs Diethelm antwortet, dass die alten Geräte verkauft würden, weil die alte Küche bis zur Realisierung der neuen Küche in Betrieb bleibe. Sämtliche Geräte würden neu angeschafft. Die neuen Geräte hätten eine längere Lebensdauer und seien auch energieeffizienter.

Gartmann-Mels-Mädris entgegnet, dass er beruflich bedingt Fachverständnis haber und die Geräte, die er in der Küche gesehen habe, einen erheblichen Wert hätten. Er werde schauen, wie teuer die Geräte nach Abschluss der Arbeiten verkauft worden seien. Er bitte darum, wenigstens eine Auge darauf zu werfen, weil einige Geräte teils neuwertig seien. Die Steamer und die Waschanlage seien ganz neu.

Urs Diethelm präzisiert, dass die Grossgeräte sicher alle neu beschafft würden. Bei den Kleingeräten werde das noch einmal detailliert angeschaut.

Der Präsident kommt nochmals kurz auf Ziffer 3.1.2 zurück und möchte von Beat Tinner wissen, ob seine im Eingangsvotum gestellte Frage betreffend Detailplan der Fenster noch offen sei.

Tinner-Azmoos erklärt, dass er seitens der Vertreter des Hochbauamtes ein Kopfnicken gesehen habe, als er sein Anliegen in seinem Eingangsvotum geäussert habe. Er gehe deshalb davon aus, dass seinem Wunsch entsprochen und es erledigt werde.

3.1.4 Lagerumbau A3-A und Obstkeller A3-U
Keine Wortmeldungen.

3.1.5 Korridor Gebäudetrakt A2 B / A3 B
Keine Wortmeldungen.

3.1.6 Klostergarten Süd
Der Präsident erteilt das Wort Susanne Hoare-Widmer.

Hoare-Widmer- St.Gallen sagt, man könne auch Gärten so sanieren, dass sie ökologisch wertvoll oder weniger wertvoll seien. Sie nehme Bezug auf den letzten Satz unter diesem Abschnitt. Danach werde ein Natursteinbelag eingebaut. Ein Natursteinbelag könne aber dermassen eingebaut werden, dass er überhaupt kein Wasser mehr durchlasse. Sie wolle deshalb wissen, was damit gemeint sei.

Werner Binotto antwortet, sie würden dafür besorgt sein, die Beläge weitgehend im Sand zu verlegen. Es gebe teilweise noch bestehende befestigte, also ausgegossene Beläge wie man bei der Besichtigung habe sehen können. Im Rahmen der ökologischen Form und Funktion sowie aufgrund der Belastung der Kanalisation gehe das Hochbauamt von offenen Belägen aus.

3.2 Normen und Standards
Keine Wortmeldungen.

3.3 Energie und Ökologie
Keine Wortmeldungen.

3.4 Provisorien
Keine Wortmeldungen.

4 Baukosten, Kreditbedarf und Termine
4.1 Kostenvoranschlag
Keine Wortmeldungen.

4.2 Erläuterungen zu den einzelnen Positionen
Keine Wortmeldungen.

4.3 Kennzahlen
Keine Wortmeldungen.

4.4 Werterhaltende und wertvermehrende Kosten
Keine Wortmeldungen.

4.5 Bauteuerung
Keine Wortmeldungen.

4.6 Kreditbedarf und Finanzierung
Keine Wortmeldungen.

4.7 Termine und Etappierung
Keine Wortmeldungen.

5 Betriebskosten
5.1 Personalkosten
Der Präsident erteilt das Wort Jörg Tanner.

Tanner-Sargans möchte den ungefähren heutigen Personalbestand der Küche wissen.

Christoph Eicher erklärt, er sei sich nicht ganz sicher, aber es seien seines Wissens sieben bis acht Angestellte, die teilweise in Teilzeit angestellt seien. Zusätzlich hätten sie im Moment noch fünf Lernende.

Der Präsident möchte von Jörg Tanner wissen, ob ihm diese Antwort genüge.

Tanner-Sargans bejaht.

Der Präsident erteilt das Wort Josef Kofler.

Kofler-Uznach fragt, ob heutzutage die Patienten im Sinn einer Arbeitstherapie oder dergleichen noch in den Küchenbetrieb eingebunden würden oder gar nicht mehr.

Christoph Eicher verneint, weil die Einbindung der Patienten aus hygienischen Gründen nicht möglich sei.

5.2 Sachkosten
Keine Wortmeldungen.

6 Finanzrechtliches
6.1 Immobilien (BKP 0-6)
Keine Wortmeldungen.

6.2 Mobilien (BKP 7-9)
Keine Wortmeldungen.

7 Finanzreferendum
Keine Wortmeldungen.

8 Antrag
Keine Wortmeldungen.

Der Präsident beendet die Spezialdiskussion zum Botschaftsbericht und geht über zum regierungsrätlichen Entwurf des Kantonsratsbeschlusses, um diesen ebenfalls nach Ziffern zu beraten. **Der Präsident** liest die einzelnen Ziffern jeweils im Wortlaut vor.

Ziff. 1
Keine Wortmeldungen.

Ziff. 2 Abs 1
Keine Wortmeldungen.

Ziff. 2 Abs 2
Der Präsident erteilt das Wort Marlen Hasler-Spirig.

Hasler-Spirig-Widnau nimmt Bezug auf den Text, wonach der Kredit innert 10 Jahren abgeschrieben werde. Bei den Spitalbauten seien andere Abschreibungsdauern beschlossen worden. Sie möchte wissen, ob das einen besonderen Grund habe.

Regierungsrat Willi Haag gibt zur Auskunft, dass Kredite bis zum Betrag von 3 Mio. Franken direkt abgeschrieben, bis zum Betrag von 9 Mio. Franken innert fünf Jahren und Kredite über 9 Mio. und mehr innert zehn Jahren. Deshalb sei die Abschreibungsdauer für diese Vorlage hier zehn Jahre. Bei den Spitalvorlagen habe der Kantonsrat einen speziellen Beschluss gefasst. Aufgrund der grossen Menge der gemeinsam vorgelegten Spitalvorlagen und weil in den Spitalvorlagen auch ein Nachholbedarf enthalten gewesen sei, habe das Kantonsparlament ausnahmsweise und nur für die sechs Spitalvorlagen eine Abschreibungsdauer von 25 Jahren beschlossen. Dies um den erwähnten

Nachholbedarf – und die Lebensdauer der beschlossenen Spitalbauten sei hoffentlich länger als zehn Jahre – auszugleichen. Am Grundsatz habe aber weder das Parlament noch die Regierung etwas ändern wollen. Eine längere Abschreibungsdauer sei allenfalls am Anfang interessant, aber irgendwann werde man ja wieder eingeholt. Man habe es damals als sinnvoll erachtet, die sechs Spitalvorlagen auf 25 Jahre zu verteilen. Das sei aber die Ausnahme und die eingangs erwähnte übliche Abschreibungsdauer sei die Regel. Das gelte im Übrigen auch für die Vorlage betreffend die Ergänzungsbauten in Wil, die nächste Woche von der vorberatenden Kommission des Parlaments behandelt werde. Die erwähnte Vorlage habe nichts mit den Spitalvorlagen zu tun, auch wenn es in Wil um ein Spital gehe. Auch dort gelte die normale Abschreibungsdauer.

Ziff. 3 Abs. 1
Keine Wortmeldungen.

Ziff. 3 Abs. 2
Keine Wortmeldungen.

Ziff. 4
Keine Wortmeldungen.

Ziff. 5
Keine Wortmeldungen.

Der Präsident stellt den Titel und Ingress des Entwurfs zur Diskussion und stellt fest, dass dazu keine Wortmeldungen gewünscht würden.

Der Präsident stellt fest, dass aus der Mitte der Kommission keine Anträge gestellt worden seien, weder mündlich, noch schriftlich.

6 Rückkommen

Der Präsident hält fest, dass keine Rückkommensanträge gestellt würden.

7 Schlussabstimmung

Der Präsident beendet die Spezialdiskussion und kommt zur Gesamtabstimmung. Es werde darüber abgestimmt, ob diese Kommission dem Kantonsrat Eintreten auf die Vorlage beantrage.

Die vorberatende Kommission stimmt der Vorlage mit 14 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen und 1 Abwesenheit zu.

8 Varia

Termine
Der Präsident erklärt, es wäre wünschenswert, wenn die Ausfertigung und die Zusendung des Protokolls bis zu den Fraktionssitzungen erfolgen könnte.

Regierungsrat Willi Haag sagt, es gebe eine feste Vorgabe, wonach die Fraktionen im Zeitpunkt der Fraktionssitzungen mit den Protokollen und Unterlagen bedient sein müssten, und bestimmt, dass die Kommissionsmitglieder bis spätestens Ende August 2014 im Besitz des Protokolls zu sein hätten.

Bestimmung des Kommissionssprechers
Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Präsidenten, dem Kantonsrat mündlich Bericht zu erstatten.

Frage der Medien-Information
Der Präsident ist der Ansicht, man könne die Medien entsprechend informieren, nachdem in der Kommission Einmütigkeit bestehe. **Der Präsident** hält fest, dass dagegen keine Einwände erhoben werden. Die Medien würden dementsprechend darüber informiert, dass sich die vorberatende Kommission mit dieser Vorlage befasst habe und einstimmig hinter dem Geschäft stehe.

Regierungsrat Willi Haag schlägt vor, dass das Baudepartement einen Vorschlag für die Medienmitteilung erarbeite und diesen dem Präsidenten übergebe. Die Freigabe zur Veröffentlichung erfolge durch den Präsidenten. Der Termin für die Medienmitteilung werde ebenfalls auf Ende August festgesetzt.

Der Präsident erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Der Präsident schliesst die Sitzung um 11.30 Uhr und bedankt sich bei den Anwesenden.

Ort:……Datum:……. Ort:……Datum:…….

Der Präsident der vorberatenden Kommission: Der Protokollführer:

Thomas Warzinek Christof Huber

Beilagen
- Präsentation Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann (für alle ausser Teilnehmende)
- Präsentation Regierungsrat Willi Haag (für alle ausser Teilnehmende)
- Fassadenplan "Fassaden und Fenstersanierung, C 3 Fenster" und Detailplan "Fassaden- und Fenstersanierung, C 4, Fenstertypen") (für sämtliche Adressaten)

Geht an
- Mitglieder der vorberatenden Kommission (KRVersandadresse)
- Gesundheitsdepartement, Heidi Hanselmann, Regierungspräsidentin
- Baudepartement, Willi Haag, Regierungsrat
- Gesundheitsdepartement, Roman Wüst, Generalsekretär
- Gesundheitsdepartement, Peter Altherr, Amt für Gesundheitsversorgung
- Klinik St.Pirminsberg, Christoph Eicher, CEO
- Baudepartement, Kurt Signer, Generalsekretär
- Baudepartement, Werner Binotto, Kantonsbaumeister
- Baudepartement, Urs Diethelm, Projektmanager Bau, Stv. Leiter Baumanagement 2
- Staatskanzlei (2)
- Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten (5)